Foto: privat

Von einer verteilungspolitischen Wende kann keine Rede sein

Interview mit Thorsten Schulten

spw: In den Jahren 2004 bis 2007 mussten die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen, die tariflichen Steigerungen lagen teilweise unter der Inflationsrate. Markiert das Jahr 2008 eine verteilungspolitische Wende?

Thorsten Schulten: Von einer verteilungspolitischen Wende kann keine Rede sein. Zwar weisen die Tariflöhne 2008 mit etwas mehr als 3 Prozent deutlich höhere Steigerungsraten als in den Vorjahren auf. Gerade im ersten Halbjahr 2008 kam es insbesondere im öffentlichen Dienst, der Chemie- und der Stahlindustrie zu recht hohen Abschlussraten. Gleichzeitig fiel der Anstieg der Verbraucherpreise mit etwa 2,8 Prozent jedoch ebenfalls relativ hoch aus, so dass im Gesamtdurchschnitt nur recht bescheidene tarifliche Reallohnsteigerungen übrig bleiben.

Hinzu kommt, dass die Tariflohnerhöhungen bei einem großen Teil der Beschäftigten aufgrund einer abnehmenden Tarifbindung und einer zunehmenden Verbetrieblichung der Tarifpolitik gar nicht mehr ankommen. So müssen wir auch für 2008 wieder mit einer negativen Lohndrift rechnen, wonach die Effektivlöhne hinter den Tariflöhnen zurückbleiben und lediglich um etwa 2 Prozent ansteigen werden. Unterm Strich bedeutet dies, dass die Beschäftigten insgesamt auch 2008 wieder Reallohnverluste hinnehmen müssen.

spw: Der Tarifabschluss in der Metallindustrie ist in die Zeit der Finanzmarktkrise und des Abschwungs geraten. Wie ist der Abschluss zu bewerten?

Thorsten Schulten: Der Abschluss hat gezeigt, dass die von der IG Metall angestrebte verteilungspolitische Wende unter den Bedingungen der Krise kaum durchsetzbar ist. Wenn strategisch wichtige Betriebe, wie z.B. in der Automobilindustrie, sowieso ihre Produktion herunter fahren, wirkt die Androhung eines Streikes nicht besonders bedrohlich. Vor diesem Hintergrund hat die IG Metall ein relativ ordentliches Ergebnis erreicht, bei dem am Ende für alle Beschäftigten immerhin eine strukturelle Tariflohnerhöhung von 4,2 Prozent steht. Es besteht aber keine Frage, dass aus verteilungspolitischer wie auch ökonomischer Sicht eine noch kräftigere Lohnerhöhung wünschenswert gewesen wäre. Gerade in der Krise rächt sich die Tatsache, dass sich der private Verbrauch angesichts anhaltender Reallohnverluste nur sehr schwach entwickelt hat.

spw: Deutschland besitzt in der Lohnentwicklung eine Sonderstellung in Europa. Worauf ist das zurückzuführen?

Thorsten Schulten: Die Sonderstellung Deutschlands in Europa lässt sich zunächst an zwei Fakten ablesen: Erstens ist Deutschland bei der allgemeinen Lohnentwicklung seit Mitte der 1990er Jahre zumeist das europäische Schlusslicht. In keinem anderen europäischen Land kam es zu solch lang anhaltenden Reallohnverlusten wie in Deutschland. Zweitens hat in Deutschland die Lohnspreizung zwischen den Beschäftigtengruppen besonders stark zugenommen. Im Hinblick auf den Niedriglohnsektor ist Deutschland mittlerweile europäischer Spitzenreiter.

Beide Entwicklungen hängen eng mit der teilweisen Erosion des deutschen Flächentarifvertragsmodells zusammen. So müssen wir bereits seit längerem eine sinkende Tarifbindung, wachsende tarifvertragsfreie Zonen und eine zunehmende Dezentralisierung der Tarifpolitik beobachten. Eine lohnpolitische Trendwende hat demnach auch eine politische Re-Stabilisierung des Flächentarifvertrages zur Voraussetzung. Hierbei ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von strategischer Bedeutung. In vielen Branchen geht es derzeit darum, mit dem Mindestlohn überhaupt wieder ein lohnpolitisches Fundament zu schaffen, auf dessen Grundlage dann neue Tarifvertragsbeziehungen aufgebaut werden können.

spw: Neben die Erosion des Flächentarifvertrages tritt zunehmend die Unterbietungskonkurrenz durch arbeitgeberfreundliche „christliche Gewerkschaften". Wie sollten die DGB-Gewerkschaften darauf reagieren?

Thorsten Schulten: In der Öffentlichkeit müsste viel deutlicher gemacht werden, dass es sich bei dem so genannten „Christlichen Gewerkschaftsbund" (CGB) in den meisten Fällen um eine Phantom-Gewerkschaft handelt, die in Bereichen Tarifverträge unterzeichnet, wo sie über so gut wie keine Mitglieder verfügt. Überall dort wo dies möglich und erfolgsversprechend erscheint, sollte auch – wie aktuell in Berlin – der Gang vors Arbeitsgericht gewählt werden, um zu überprüfen, ob der CGB überhaupt die Voraussetzungen einer Gewerkschaft erfüllt. Das aktuelle Urteil des Kölner Arbeitsgerichtes gegen die so genannte „Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste" (GNBZ) sollte hier hoffnungsvoll stimmen. Anders sieht es übrigens bei denjenigen Berufsverbänden wie z.B. der Gewerkschaft der Lokführer (GDL) oder dem Marburger Bund aus, die ja eher eine Überbietungs- als eine Unterbietungskonkurrenz betreiben. Angesichts der gegebenen Organisationsmacht dieser Verbände, führt für die DGB Gewerkschaften in Zukunft kein Weg daran vorbei, hier wieder die Kooperation zu suchen und gemeinsame Tarifstrategien zu entwickeln, wie dies heute z.B. mit dem Deutschen Beamtenbund praktiziert wird.

spw: In den letzten Jahren herrschte ein Trend zur Arbeitszeitverlängerung vor – warum hat Arbeitszeitverkürzung derzeit keine Chance?

Thorsten Schulten: Der wichtigste Grund hierfür scheint mir in der schwachen Lohnentwicklung zu liegen. Solange die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen müssen, ist die Lohnfrage absolut prioritär und es gibt wenig Bereitschaft etwa für eine Verkürzung der Arbeitszeit noch weitere Lohneinbußen hinzunehmen. Ein solches Modell funktioniert lediglich als Krisenmodell zur Vermeidung von Beschäftigungsverlusten. So wird z.B. aktuell bei Opel über die Einführung einer 30-Stunden-Woche diskutiert.

spw: Rezessionen und steigende Arbeitslosigkeit erschweren die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften. Wie steht es um die tarifpolitischen Aussichten 2009?

Thorsten Schulten: In der Tat besteht in der Krise immer die gleiche paradoxe Situation: Einerseits sind kräftige Lohnerhöhungen wichtiger den je; andererseits ist ihre politische Durchsetzung jedoch äußerst schwierig, da die Angst vor Arbeitsplatzverlusten die Konzessionsbereitschaft bei den Beschäftigten stark erhöht.

Wichtig für die Gewerkschaften wird sein, dass sie die tarifpolitischen Entwicklungstrends des Jahres 2008 verstetigen und es nicht zu einem erneuten Einbruch bei den Tariferhöhungen kommt. Angesichts einer für 2009 prognostizierten deutlich geringeren Inflationsrate bestände dann sogar die Möglichkeit, dass nach fünf Jahren Reallohnverlusten die Bilanz wieder etwas positiver ausfällt.

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Dr. Thorsten Schulten ist Leiter des Referates „Arbeits- und Tarifpolitik in Europa" am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Das Interview führte Stefan Stache.